



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren – Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- gedenkt mit Respekt des opfervollen ungarischen Aufstandes vor 60 Jahren, in dem sich das Volk gegen ein autoritäres Regime erhob, um für sich Freiheit und Demokratie zu erkämpfen und infolge von dessen Niederschlagung 200.000 Ungarn als Flüchtlinge Zuflucht in Nachbarländern fanden,
- erinnert in großer Dankbarkeit an Ungarns großen, geschichtlichen Beitrag zum Fall des Eisernen Vorhangs, zur Überwindung der Teilung unseres Kontinents und zur Vereinigung Deutschlands,
- und würdigt die viele Jahre lang bereichernde Mitgliedschaft der ungarischen Demokratie in der Europäischen Union.

Gleichzeitig verfolgt der Landtag mit großer Sorge, dass diese geschichtlichen Verdienste für die europäische Demokratie und Einigung derzeit von einer rechtspopulistischen Regierung schrittweise konterkariert und Ungarn systematisch zu einer „illiberalen Demokratie“, faktisch einem nationalistischen autoritären System umgebaut wird.

Diese Politik verstößt in eklatanter Weise gegen die verbindlichen Grundwerte der Europäischen Union, die in Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union für alle Mitglieder verbindlich formuliert sind. Dazu zählen: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern.

Der Landtag stellt fest:

Es verbietet sich daher grundsätzlich, dem Urheber einer rechtspopulistischen/autoritären, auf Schwächung der EU zielenden und auf neuerliche Spaltung Europas hinauslaufenden neonationalistischen Politik im Parlament des Freistaates Bayern eine Bühne zu bieten. Der Bayerische Landtag ist kein Ort, an dem – unter dem Vorwand, der Helden und Opfer des Freiheitskampfes von 1956 zu gedenken – Propaganda gegen die europäische Integration gemacht werden darf. Er verbietet sich auch als Ort äußerer Einmischung in die deutsche Innenpolitik oder provokanter Schützenhilfe bei der parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen CSU und CDU.

Der Landtag bewertet den Auftritt des gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten im Maximilianeum Seit an Seit mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten im Parlament deshalb als unangemessen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

sich bei ihren internationalen Beziehungen künftig stärker von Grundwerten der EU, des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung leiten zu lassen und diese bei Staatsgeschäften nicht mit parteipolitischer Nähe zu autoritären Figuren wie Victor Orban oder Europahasardeuren wie David Cameron zu verwässern. Das schließt einen sichtlich unkritischen Umgang mit internationalen Gesprächspartnern aus, erst recht, sie als Staatsgäste regelrecht zu hofieren.